

WEINHEIMER NACHRICHTEN



BILD: DPA

IM MÄRCHENSTIL
Sarah Koch möchte als Sängerin durchstarten ▶ Kultur

IN EHRENDEM GEDENKEN
Marianne Rihm und Artur Friedrich Rick wären heute 100 geworden ▶ Seite 10

DAS WETTER
Meist bewölkt
Temperatur 16/9° C



Nr. 80 / 160. Jahrgang

Weinheimer Anzeiger · Weinheimer Zeitung · Weinheimer Morgen · Amtsblatt der Stadt Weinheim

D 7102 · Einzelpreis 2,20 €

Hilfe, meine Stromkosten explodieren!

Bei unserer Telefonaktion haben sich viele Leserinnen und Leser Experten-Rat rund um das Thema Energie geholt. Die wichtigsten Tipps zum Nachlesen. ▶ Wirtschaft



BILD: ISTOCK

Tierheim

5000 Euro für Rettung von Kitzen

Weinheim. Mit einer Spende von 5000 Euro unterstützt der Deutsche Tierschutzbund die Weinheimer Rehkitzrettung. Das Geld fließt in eine zweite Drohne, mit deren Hilfe die kleinen Rehe auf den Feldern aufgespürt werden, bevor gemäht wird. Übergeben wurde die Summe durch Thomas Schröder, den Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes, am Weinheimer Tierheim. Thema bei der Spendenübergabe war auch die Aufnahme von Tieren aus ukrainischen Flüchtlingsfamilien, die die Tierheime allerorten vor große Herausforderungen stellt. Viele der Tiere sind traumatisiert und ihnen fehlt die wichtige Tollwutimpfung. i.k.

▶ Bericht auf Seite 11

Hauptstraße

Anwohner lehnen Umbaupläne ab

Leutershausen. Die Gemeinde Hirschberg will für 1,1 Millionen Euro den Abschnitt in der Hauptstraße zwischen Raiffeisen- und Fenchelstraße sanieren. Gegen die Erneuerung des Kanals haben die Anwohner nichts, die Pläne zur Neugestaltung der Straße lehnen sie ab. Diese sehen einen niveaugleichen Ausbau mit Pflastersteinen wie vor dem Rathaus vor. Die Anwohner sorgen sich vor allem um die Sicherheit, wenn es keine klare Trennung mehr zwischen Gehweg und Straße gibt. Zudem verursachen die Pflastersteine erheblich mehr Lärm. Auch der Wegfall von Parkplätzen wird bemängelt. Die Zahl soll von derzeit 14 auf sechs verringert werden. hr

▶ Bericht auf Seite 12

LOKALBLICK

Schneider neuer Wehrführer
Florian Schneider wird im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Feuerwehr Birkenau zum neuen Wehrführer gewählt. ▶ Seite 16

7-TAGE-INZIDENZEN

Rhein-Neckar-Kreis	1742,7	↓
Stadt Heidelberg	1442,6	↓
Stadt Mannheim	1159,4	↑
Kreis Bergstraße	1734,2	↓
Odenwaldkreis	1216,5	↓

Quelle: RKI

IN DIESER AUSGABE

Familienanzeigen	Seite 16
Kultur	Seite 19
Frühstücksbörse	Seite 20
Traueranzeigen	Seite 22
Sport	Seite 23
Fernsehen	Seite 27
Aus aller Welt	Seite 28

Ukraine-Krieg: Nach den Gräueltaten an Zivilisten neue Sanktionen gegen Russland geplant / Kommissionspräsidentin von der Leyen will nach Kiew reisen

EU bereitet Kohle-Embargo vor

Kiew/Brüssel. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj will eine lückenlose Aufklärung der Verbrechen gegen Zivilisten in Butscha und anderen ukrainischen Städten. Dazu arbeite man unter anderem mit der EU und dem Internationalen Strafgerichtshof zusammen, sagte er. Die internationale Empörung über die Gräueltaten im Kiewer Vorort Butscha dauert an. Europäische Länder weisen Dutzende russische Diplomaten aus, denen sie Aktivitäten für Geheimdienste vorwerfen. Noch diese Woche wird EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für ein Treffen mit Selenskyj nach Kiew reisen. Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft verzeichnete nach eige-

nen Angaben mehr als 7000 Meldungen über russische Kriegsverbrechen in der Region um die Hauptstadt Kiew. Die meisten Opfer habe es in Borodjanka gegeben, sagte Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa der Agentur Unian zufolge. „Ich denke, wir werden gesondert über Borodjanka sprechen.“ Die Bilder aus Butscha, wo nach dem Abzug russischer Truppen zahlreiche Leichen auf den Straßen gefunden wurden, hatten am Wochenende Entsetzen ausgelöst. Die Ukraine macht für das Massaker russische Truppen verantwortlich. Moskau bestreitet das und sprach von einer „Inszenierung“. Videos und Satellitenbilder aus dem Kiewer Vorort Butscha widerle-

gen nach einer Analyse der „New York Times“ Moskauer Behauptungen, dass Leichen getöteter Zivilisten dort erst nach dem Abzug des russischen Militärs platziert worden seien. Satellitenaufnahmen zeigten, dass sich die Überreste mehrerer Menschen bereits Mitte März auf der Straße befanden, schrieb die Zeitung. **Schlupflöcher stopfen** Als Reaktion auf die Gräueltaten bereitet die EU neue Sanktionen gegen Russland vor. Neben einem Importverbot für Kohle beinhaltet das neue Paket eine Hafensperre für russische Schiffe sowie weitere Handelsbeschränkungen. Dazu gehören etwa Quantencomputer und Transport-

mittel. Produkte wie Holz, Zement und Meeresfrüchte im Wert von 5,5 Milliarden Euro sollen außerdem nicht mehr in die EU importiert werden. „Diese Gräueltaten dürfen und werden nicht ohne Folgen bleiben“, sagte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. Das Sanktionspaket dürfte außerdem bisherige Maßnahmen ausweiten und Schlupflöcher stopfen, damit die Maßnahmen nicht umgangen werden können. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte bereits am Wochenende, das Paket könne weitere persönliche Sanktionen gegen Menschen aus der russischen Regierung umfassen sowie technische Güter oder den Finanzmarkt. Habeck un-

terstützt offenbar ein mögliches Importverbot für russische Kohle, wie die Deutsche Presse-Agentur am Dienstag aus Kreisen des Wirtschafts- und Klimaschutzministeriums erfuhr. Es entspreche der Linie des Ministeriums, die Unabhängigkeit von russischen Energieimporten Sparte für Sparte und schrittweise zu erreichen. Das Wirtschaftsministerium arbeite bereits seit Wochen daran, die Voraussetzungen zu schaffen, um den „Cut“ jeweils so früh wie möglich zu vollziehen. Ein Importverbot für Kohle sei als erstes möglich, hieß es aus dem Ministerium. dpa

▶ Kommentare und Berichte Politik und Wirtschaft

Umfrage: BaWü-Check zeigt Sorge um Preisstabilität

Stimmung im Sinkflug

Stuttgart. Der Krieg in der Ukraine und der Preisanstieg bei Energie und Lebensmitteln haben den Optimismus der Menschen in Baden-Württemberg massiv gedämpft. Dies geht aus dem aktuellen BaWü-Check hervor, einer Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Demnach sieht nur noch knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen, die große Mehrheit ist dagegen tief besorgt. Zwar sprechen sich 51 Prozent der Befragten für eine unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine aus, aber nur 12 Prozent haben die Möglichkeit, dies bei sich zuhause zu tun. dir

▶ Bericht Südwest

Energie: Karlsruher Firma Vulcan und MVV schließen Abnahmevertrag

Geothermie-Anlage geplant

Von Martin Geiger

Mannheim. Die Karlsruher Firma Vulcan Energie Ressourcen GmbH will ein Geothermieheizwerk im Großraum Mannheim bauen. Das bestätigte ein Sprecher des Unternehmens am Dienstag. Der konkrete Standort der Anlage stehe noch nicht fest. Darüber werde erst nach einer Untersuchung der Untergrundbeschaffenheit entschieden, die noch in diesem Jahr durchgeführt werden soll. Die Geothermie-Anlage soll 2024, spätestens aber im Jahr 2025 in Betrieb gehen. Das Karlsruher Unternehmen hat am Dienstag einen Abnahmevertrag mit der MVV Energie geschlossen. Demnach will Vulcan dem Mannheimer Versorger von 2025 bis 2045 jährlich zwischen 240 und 350 Gigawattstunden klimaneutrale Wärme liefern. Diese soll in das Fernwärmenetz der Rhein-Neckar-Region einge-



Die Geothermie-Anlage in Innsheim: Vorbild für Mannheim? BILD: KLAUS VENUS

speist werden. Damit können theoretisch 25 000 bis 35 000 Haushalte mit Wärme aus erneuerbarer Energie versorgt werden. „Für Mannheim ist diese Kooperation ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in die Klima-

neutralität“, sagte Thorsten Weimann, Geschäftsführer bei Vulcan, einer Mitteilung zufolge. Das eigentliche Geschäftsfeld von Vulcan ist die Lithium-Gewinnung. Entsprechend will der Konzern die geplante Anlage auch nutzen, um das begehrte Metall zu gewinnen, das in der Batterieindustrie eingesetzt wird und als Schlüssel-Rohstoff bei der Elektromobilität und der Verkehrswende gilt. Nach Angaben des Regierungspräsidiums Freiburg, bei dem das baden-württembergische Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau angesiedelt ist, hatte die Behörde Vulcan bereits im Sommer 2019 die Aufsuchungserlaubnis für Erdwärme, Lithium und Sole im Feld Mannheim erteilt. Im Herbst des vergangenen Jahres sei die Erlaubnis bis Juli 2024 verlängert worden. ▶ Bericht Mannheim

Bundestag: FDP-Politiker lehnt auch neuen Vorschlag ab

Impfpflicht bleibt strittig

Mannheim. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Jens Brandenburg aus Walldorf lehnt auch den neuen fraktionsübergreifenden Antrag für eine Impfpflicht ab 50 Jahren ab. Der parlamentarische Staatssekretär im Bildungsministerium bezeichnete den Vorschlag im Interview als „überzeugen“. Auch einige Virologen würden inzwischen von einer Impfpflicht abraten. „Ausbauen sollten wir die Beratungsangebote, um noch Unentschlossene zu erreichen“, sagte er. Der neue Vorschlag, hinter dem vor allem Abgeordnete aus den Ampel-Fraktionen stehen, ersetzt den früheren Entwurf, der eine allgemeine Impfpflicht ab 18 vorsah. Am Donnerstag steht die Abstimmung im Bundestag an. was

▶ Interview Seite 2